



Regionalkonferenz in Brehna
am 07.05.2014



AG Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
am 19.05.2014



Tierschutz-Konferenz
am 25.06.2014



Einblick

Das Infoblatt der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Parlamentsreform

Eine Reform, die ihren Namen verdient hat!

Im Oktober 2013 hatte der Landtag von Sachsen-Anhalt den interfraktionellen Antrag „Weiterführung der Parlamentsreform in der sechsten Legislaturperiode“ beschlossen und eine Unterkommission des Ältestenrates zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Parlamentsreform eingesetzt. Diese Kommission hat intensiv beraten und dem Parlament Anfang Juli 2014 Eckpunkte präsentiert.

Eine angemessene Amtsausstattung, eine maßvolle Verkleinerung ohne größere Schwächung der parlamentarischen Arbeit und mehr Transparenz bei Einkünften und Tätigkeiten von Abgeordneten sind Inhalte der Reform, zu denen sich auch die CDU-Landtagsfraktion bekennt. Die Verankerung der Kinderrechte in der Landesverfassung passt gut zur Familienpartei CDU. Der besondere Schutz von Ehe und Familie wird festgeschrieben! Darüber hinaus war der CDU-Fraktion wichtig, verlässliche Vereinbarungen auch über die Wahlperiode 2016 hinaus zu treffen.

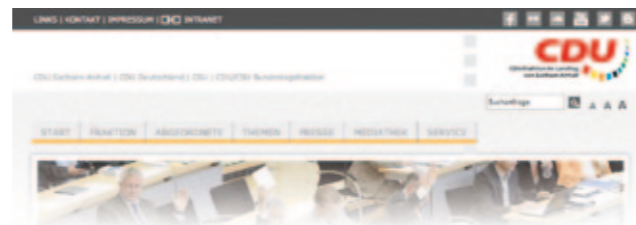
Die ausführlichen Inhalte der Reform, welche das Parlament auf seiner Sitzung am 18. Juli 2014 beschlossen hat, finden Sie in der Drucksache Nr. 6/3273 auf der Homepage des Landtages unter www.landtag.sachsen-anhalt.de.

Einblick per E-Mail – Unser Newsletter „e-Einblick“

Möchten Sie den „Einblick“ schneller erhalten und gleichzeitig Papier sparen? Dann senden wir Ihnen das Informationsblatt der CDU-Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt künftig gern per E-Mail als Newsletter zu. Über unseren „e-Einblick“ erhalten Sie regelmäßig Informationen zu unserer politischen Arbeit. Bestellen Sie unseren kostenlosen digitalen Newsletter ganz einfach per E-Mail: presse@cdufraktion.de. Im Anschluss erhalten Sie von uns eine Bestätigungsmail mit Informationen zum Datenschutz und dem Hinweis, dass der Newsletter jederzeit wieder abbestellt werden kann.

Kurz & Knapp:

Ihr Klick für Politik – Mit moderner Kommunikation für mehr Bürgernähe



Wir setzen mit unserer politischen Kommunikation dort an, wo sich viele unserer Bürgerinnen und Bürger aufhalten: Im World Wide Web. Unsere Online-Präsenz ermöglicht uns, beispielweise durch soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter, neben persönlichen Gesprächen eine weitere Form direkter Kontaktaufnahme. Auf diesem Weg können wir noch gezielter über die Inhalte unserer Arbeit informieren und politische Entscheidungsfindungen transparenter darstellen.

BESUCHEN SIE UNS ONLINE:

Homepage: www.cdufraktion.de

Facebook-Fanpage: www.facebook.com/CDU-LandtagsfraktionSachsenAnhalt

Twitter: www.twitter.com/cdufraktion_LSA

Blog des Fraktionsvorsitzenden: www.domplatz-8.de

Egon Sommerfeld

* 03.12.1930 † 26.06.2014

MdL 2., 3. Wahlperiode / Wahlkreis 01 Salzwedel



Herausgeber: André Schröder,
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
Tel.: 0391 5602016, Fax: 0391 5602028
E-Mail: presse@cdufraktion.de
www.cdufraktion.de

Stand: Juli 2014

Sachsen-Anhalt in guter Verfassung!



André Schröder
Vorsitzender der
CDU-Fraktion im Landtag
von Sachsen-Anhalt

Geschätzte 500.000 Menschen feierten im Juli auf der Fanmeile in Berlin die Ankunft der deutschen Fußballnationalmannschaft. Ganz Deutschland fühlt sich als Weltmeister, wird eins in Begeisterung. Die Kommentatoren sind sich einig: dieser Erfolg war eine Mannschaftsleistung, er war das Ergebnis guter Strukturarbeit in den vergangenen Jahren und die Folge der akribischen Vorbereitung auf den Wettbewerb.

In Sachsen-Anhalt war vor wenigen Monaten nicht alles schlecht, so wie heute nicht alles gut ist. Aber unser Land ist in einer guten Verfassung, in einer besseren, als zu Beginn der Wahlperiode! Als regierungstragende Fraktion werden wir uns nicht für den Rest der Wahlperiode auf die Schultern klopfen, aber unsere Arbeit in dem guten Gefühl erledigen, dass unsere Politik Erfolge zeigt. Der Vergleich mit dem Fußball lehrt uns: Das war nicht die Folge einer Wunderheilung, sondern das Ergebnis harter Arbeit, richtiger Entscheidungen und einer Mannschaftsleistung dieser Koalition.

Die CDU als stärkste Fraktion im Landtag trägt an dieser Stelle eine besondere Verantwortung. Mit dem Selbstverständnis einer Sachsen-Anhalt-Partei wollen wir unbedingt erreichen, dass unser Land spätestens 2020 auf eigenen Füßen steht. Vor allem der so angefeindete Konsolidierungskurs wäre ohne die CDU so nicht durchhaltbar gewesen. Aber gerade seine zarten Früchte sind es, die wir heute preisen. Insbesondere die stabil über dem Bundesdurchschnitt liegende Investitionsquote im Haushalt, der Erhalt einer flächendeckenden Wirtschaftsförderung, die sich auf Stärken konzentriert ohne jedoch Regionen auszugrenzen, gerade ein praxistaugliches Vergaberecht, die Sicherung eines Auftragsvolumens von 240 Mio. Euro für die IT-Wirtschaft durch die Ausschreibung des Landesdatennetzes, gerade Verfahrenserleichterungen im Baurecht oder das Vorantreiben wichtiger Infrastrukturprojekte hätte es ohne die CDU in dieser Form nicht gegeben.

Dort, wo es existentiell wurde, haben wir landespolitisch gehandelt. Wir haben die Vernässungsprobleme eigenständig betrachtet und finanziell flankierte Vorschläge erarbeitet. Wir haben nach der Hochwasserkatastrophe 2013 das Hochwasserschutzkonzept fortgeschrieben und einen Finanzrahmen von gut 600 Mio. Euro bis 2020 abgesteckt. Investitionserleichterungen im Wege einer Novelle des Naturschutzrechts bringen wir derzeit auf den Weg.

Die CDU war auch dort, wo es weh tat. Nicht selten stand die Koalition vor einer Bewährungsprobe. Wir haben die Polizeistrukturen fortentwickelt und den Beamtinnen und Beamten neue Befugnisse gegeben, statt ihnen Aufgaben zu entziehen.

Wir haben eine Kommunalrechtsreform beschlossen und sichern jetzt den Fortbestand eines bedarfsorientierten Finanzausgleiches ab. Wir wissen, dass Land und Kommunen eine finanzpolitische Solidargemeinschaft sind. Deshalb werden wir über die aktuellen Vorschläge der Landesregierung zum FAG noch weiter reden müssen. Die kommunale Investitionszuschüsse wollen wir in voller Höhe erhalten. Bei der Vergabe von EU-Mitteln soll endlich der Regionalisierungsmethode zum Durchbruch verholfen werden. Die Kommunen sollen so fondsübergreifend mehr Mitsprache in der neuen Strukturförderperiode bekommen.

Wir waren zur Stelle, als es darum ging, ein modernes Sportfördergesetz auf den Weg zu bringen, die Theater und Orchesterlandschaft zu reformieren, die Schulsozialarbeit abzusichern oder die berufliche Bildung aufzuwerten. Wir haben ein Familienfördergesetz beschlossen, mit dem die Beratungsstellenlandschaft neu strukturiert und die soziale Infrastruktur der Kommunen gefördert werden kann.

Ein Kernanliegen der Union bleibt das Thema Familie. Es reicht uns nicht, die beste Kinderbetreuung in Deutschland zu haben. Familien sind bei uns besonders willkommen! Einen eigenen Förderimpuls für zugewillige Familien, die bei uns Arbeit finden, wollen wir deshalb initiieren. Unsere Schulstandorte im ländlichen Raum verdienen eine längerfristige Perspektive. Eine erneute Schließungswelle ab 2017 zu vermeiden, trotzdem eine zukunftsfeste Struktur zu haben, geht aus unserer Sicht nur mit wirtschaftlich und organisatorisch größeren Einheiten. An der Idee sogenannter Grundschulverbände werden wir daher weiter arbeiten.

Das Hochschulkonzept des Landes werden wir auf Herz und Nieren prüfen und danach unsere Haushaltsentscheidungen ausrichten. Schon jetzt ist klar, auch die Hochschuldebatte war nie eine reine Spardiskussion, sondern muss immer auch die Frage nach mehr Qualität stellen. Mehr Effizienz und Profilierung unserer Hochschulstandorte und die Erlangung von Wettbewerbsvorteilen im internationalen Vergleich sind berechtigte Ziele, die wir konsequent verfolgen.

Meine Fraktion hat auch mal Nein gesagt. Wir nehmen für uns in Anspruch, auf diese Weise Schlechteres verhindert zu haben. Wir haben z. B. „Nein“ gesagt zum geforderten Verzicht auf Risikoversorge im Haushalt, zu neuen Belastungen ländlicher Städte und Gemeinden bei der Förderung der Hochkultur in den Oberzentren. Wir haben Nein gesagt zum Wildwuchs bei Windkraftanlagen oder zu neuen Verbandsklagerechten bei der Tierhaltung, die auch wir artgerecht gestalten. Wir wollen auch keine Privilegierung nur einer Schulform, sondern Schulvielfalt. Auch bei geforderten Eingriffen in die Selbstverwaltung unserer Wirtschaftsverbände haben wir Nein gesagt und neue Prüfrechte gegenüber der IHK abgelehnt.

Fraktion
vor Ort:

Geschäftsführender Fraktionsvorstand in Berlin
am 07.04.2014

Veranstaltung gesundheitlicher
Bevölkerungsschutz am 08.04.2014

André Schröder bei Angela Gorr
in Harzgerode am 09.04.2014

AG Umwelt im Tierheim
in Blankenburg am 24.04.2014

Die Fraktion zu Besuch bei der Leopoldina
in Halle am 29.04.2014

AG Landesentwicklung und Verkehr
in Berlin am 30.04.2014

Zeitweiliger Ausschuss legt Endbericht vor



Die Mitglieder des Zeitweiligen Ausschusses „Grundwasserprobleme, Vernässungen und das dazugehörige Wassermanagement“: Lars-Jörn Zimmer, Thomas Keindorf, Brigitte Take (Vorsitzende), Dr. Gunnar Schellenberger, Ralf Wunschinski (v.l.n.r.)

Aufgrund der naturräumlichen Situation weisen die Grundwasserstände im Land Sachsen-Anhalt einen geringen Abstand zur Oberfläche auf. In den vergangenen Jahren führten insbesondere Extremniederschlags-Ereignisse, wie sie 2010 und 2011 stattfanden, zu deutlichen Einflüssen auf die ohnehin angespannten hohen Grundwasserverhältnisse. Die Folge waren vielerorts vermehrt auftretende „Vernässungen“.

Darum hat sich der Landtag dieser komplexen Problemlage 2011 angenommen und den Zeitweiligen Ausschuss „Grundwasserprobleme, Vernässungen und das dazugehörige Wassermanagement“ eingerichtet. Die Mitglieder des Ausschusses hatten sich zunächst einen Überblick über die konkreten Ursachen und Folgen der entstandenen Grundwasser- und Vernässungsprobleme verschafft. Während der fast dreijährigen Tätigkeit haben sie, unter dem Vorsitz von Brigitte Take, zahlreiche Vor-Ort-Termine mit Anhörungen von Betroffenen absolviert und Gespräche mit Sachverständigen und Expertinnen und Experten geführt.

Im Ergebnis der Ausschussarbeit wurden nachhaltige Lösungsansätze erarbeitet sowie die erforderlichen Finanzierungsinstrumente dargestellt, die zur Behebung der Grundwasserprobleme und der Vernässungen führen

sollen. So wurde ein „Vernässungsfonds“ in Höhe von 30 Millionen Euro eingerichtet, aus dem Kommunen und Verbände Maßnahmen gegen Vernässung und Erosion finanzieren können. Lösungsansätze und Empfehlungen wurden in dem im Juli veröffentlichten Endbericht festgehalten. Dieser kann auf der neu gestalteten Homepage des Landtages, www.landtag.sachsen-anhalt.de, heruntergeladen werden.



Auch nach Beendigung der Arbeit des Zeitweiligen Ausschusses wird die Arbeit der Politik in dem Bereich weitergehen. Angesichts der demografischen und klimatischen Entwicklungen muss ein nachhaltiges Wasserressourcenmanagement für das Land entwickelt werden. Dementsprechend werden auch weiterhin Mittel für die Beseitigung von Schäden durch Erosion oder Vernässung benötigt.

Der Ausschuss definierte den Begriff „Vernässungen“ erstmals als eine länger andauernde Nassphase im Boden, die durch Grund-, Stau-, Hang-, Haft- oder Oberflächenwasser verursacht wurde und die die zulässige und gegenwärtige tatsächliche Nutzung von Grundstücken beeinträchtigt.

Forstwirtschaft wichtiger Faktor für Sachsen-Anhalt



Bernhard Daldrup

Die Waldfläche Sachsen-Anhalts konnte seit der Wiedervereinigung erfreulicherweise kontinuierlich vergrößert werden und beträgt nunmehr etwas über 500.000 Hektar.

Dennoch zählt unser Land mit einem Waldanteil von 24 Prozent zu den waldarmen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Wald und Nachhaltigkeit gehören dabei seit jeher zusammen. Das Prinzip der „Nachhaltigkeit“ wurde das erste Mal für die Forstwirtschaft durch Carl von Carlowitz vor gut 300 Jahren artikuliert. Dieses Prinzip, welches uns als Zielstellung täglich begleitet, beinhaltet für die Forstwirtschaft, dass dem Wald nur so viel Holz entnommen werden sollte, wie durch Wiederaufforstung nachwachsen kann.

Die CDU-Landtagsfraktion hat auf der Sitzung des Landtages im Juni 2014 einen Antrag eingebracht, um auf die Bedeutung des Waldes und seiner Bewirtschaftung aufmerksam zu machen und hat sich zu einer nachhaltigen und multifunktionalen Forstwirtschaft bekannt. Der Wald wird als multifunktional bezeichnet, da er zahlreiche ökologische, soziale und ökonomische Funktionen zu erfüllen hat. Er dient beispielsweise dem Menschen zur Erholung, den Tieren als Lebensraum und wird auch wirtschaftlich genutzt.

So ist die Forst- und Holzwirtschaft im Land ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, insbesondere für den ländlichen Raum. Ihre nachhaltige Entwicklung trägt maßgeblich zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Wertschöpfung bei. Im Cluster Holz arbeiten allein in Sachsen-Anhalt derzeit rund 18.000 Menschen.

Der Wald in Landesbesitz, der durch den Landesforstbetrieb bewirtschaftet wird, hat zwischen 2007 und 2012 über 21 Millionen Euro an den Landeshaushalt abgeführt und damit eine hohe wirtschaftliche Bedeutung für unser Bundesland!

Die Nutzung von Holz als Rohstoff und Energieträger leistet darüber hinaus einen Beitrag zur Energiewende. In vielen Bereichen unseres Lebens sollte der nachwachsende Rohstoff Holz stärker als bisher eingesetzt werden und damit energieintensiv produzierte Roh- und Baustoffe ersetzen.

Eine ordnungsgemäße und nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder dient aber gleichzeitig auch dem Klimaschutz und dem Erhalt der Artenvielfalt im Land. So ist der Anteil von Fläche und damit auch von Wald, der unter Naturschutz steht und somit ganz besonderen Anforderungen zur Förderung der Biodiversität entspricht, in den vergangenen Jahrzehnten gestiegen.

Während der Landtagsitzung im Juni haben wir uns dafür ausgesprochen, waldpädagogische Bildungsangebote und den Standort Magdeburgerforth für die überbetriebliche forstliche Ausbildung zu sichern. Darüber hinaus sollte die Paneuropäische Waldkonvention zeitnah ratifiziert und die Beschleunigung des Zulassungsverfahrens für Pflanzenschutzmittel auf Bundesebene erreicht werden. Somit kann vor dem Hintergrund des Klimawandels im Falle von Kalamitäten, wie sie in der Letzlinger Heide stattfanden, auch in Zukunft reagiert werden.

